

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
19.06.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild
Vorlage: 13/SVV/0249
Fraktion FDP
neue Fassung vom 27.06.2013
 - 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0312
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4 Marketingleitbild der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0459
Oberbürgermeister, Öffentlichkeitsarbeit / Marketing
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Fortschreibung des Finanzierungs- und
Betreiberkonzeptes auf der Grundlage der Ergebnisse des
Realisierungswettbewerbs
 - 5.1.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des
Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und
Betreiberkonzeptes
Vorlage: 13/SVV/0500
Oberbürgermeister
 - 5.2 Verkauf von Häusern / Haus in der Leibl-Straße
 - 5.3 Bericht zu den Ergebnissen des vorläufigen Jahresabschlusses 2011
 - 5.4 Vorstellung des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

- 6 Sonstiges
- 6.1 Informationen zum Arbeits- und Informationsbesuch in Versaille am 28.9. und 29.9.13
- 6.2 geschlossener Rücktritt des Betriebsrates des Hans-Otto-Theaters - Kritik an Führungsstil und Arbeitspensum

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.06.2013
- 8 Unterrichtung über die gefassten Gesellschafterbeschlüsse in städtischen Unternehmen
Vorlage: 13/SVV/0454
Oberbürgermeister, Beteiligungssteuerung
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Angelegenheiten der Pro Potsdam GmbH
- 9.2 Angelegenheiten der Stadtwerke Potsdam GmbH
- 9.3 Angelegenheiten der Diagnostik Ernst von Bergmann GmbH
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.06.2013

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw.

stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückgestellt werden soll:

- **Tagesordnungspunkt 3.2** - Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild, DS 13/SVV/0249, da hierzu noch kein Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vorliegt.
- Der **Tagesordnungspunkt 5.2** - Verkauf von Häusern / Haus in der Leiblstraße – soll im nicht öffentlichen Teil der Sitzung aufgerufen werden, da hierzu über Verkaufsmodalitäten zu sprechen sei. Auf Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg wird das dazu beantragte Rederecht im öffentlichen Teil gewährt.
- Ebenso soll **Tagesordnungspunkt 6.2** – Rücktritt des Betriebsrates des Hans-Otto-Theaters im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden.
- Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** werden die von der Fraktion DIE LINKE erbetenen Informationen zum Archiv e. V. sowie zum Theaterschiff gegeben. Im Weiteren soll über den Wegfall der Hauptausschusssitzung am 16.10.2013 informiert werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 92. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19. Juni 2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder**

Vorlage: 12/SVV/0468

Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu der in der letzten Hauptausschusssitzung am 19. Juni 2013 gegebenen Information, dass eine neue Option zum Verbleib der WagenHausBurg auf der Insel, aber an einem anderen Standort geprüft werde, gebe es laut Herrn Exner keinen neuen Sachstand. Noch in dieser Woche sei ein Treffen geplant, auf dem auch die von Frau Dr. Müller nachgefragte Stellungnahme der Bewohner besprochen werde.

zu 3.2 **Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild**

Vorlage: 13/SVV/0249

Fraktion FDP

neue Fassung vom 27.06.2013

zurückgestellt

zu 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0312

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister informiert, dass die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses mehrheitlich beschlossene Änderung zum § 8 Abs. 1 c) Gesellschaftsvertragsentwurf mit dem Innenministerium besprochen wurde. Der Hauptausschuss hatte die Regelung dahingehend geändert, dass die drei von Fachverbänden vorgeschlagenen Aufsichtsratsmitglieder nicht von der Gesellschafterversammlung bestellt, sondern von der Stadtverordnetenversammlung entsendet werden.

Das Ministerium weist nun darauf hin, dass diese Änderung zur Besetzung des Aufsichtsrates entgegen der mit dem Ministerium abgestimmten vorherigen Regelung kommunalrechtlich unzulässig ist, da von der Stadtverordnetenversammlung unmittelbar entsandte Aufsichtsratsmitglieder „Vertreter der Gemeinde“ im Sinne § 97 BbgKVerf sind und diese nur nach dem Fraktionsvorschlagsverfahren bestimmt werden können.

Es gebe nun zwei Möglichkeiten:

Entweder werde die Zahl der nach § 8 Abs. 1 a) Gesellschaftsvertragsentwurf von der Stadtverordnetenversammlung entsandten Aufsichtsratsmitglieder erweitert, wobei die Sachverständigen über die Fraktionen vorgeschlagen werden, oder die seinerzeit mit dem Ministerium abgestimmte Regelung wird wieder im Entwurf aufgenommen und vor Bestellung der drei von Fachverbänden vorgeschlagenen Aufsichtsratsmitglieder durch die Gesellschafterversammlung wird der Hauptausschuss hierüber unterrichtet. Dies könne zwar nicht in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen werden, aber in den entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Beide Varianten seien im Einklang mit § 97 der BbgKVerf.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, diese Varianten noch einmal mitzunehmen und in den Fraktionen zu beraten sowie im Hauptausschuss erneut zu besprechen.

Der Oberbürgermeister sagt eine nochmalige Rücksprache mit dem Innenministerium und die Unterbreitung eines konkreten Vorschlags zu.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch, so dass die DS **zurückgestellt** wird.

zu 4 Marketingleitbild der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0459

Oberbürgermeister, Öffentlichkeitsarbeit / Marketing

Frau Dr. Sommer erläutert die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage. Da kein weiterer Redebedarf besteht, wird diese zur Kenntnis genommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes auf der Grundlage der Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs

siehe Tagesordnungspunkt 5.1.1

zu 5.1.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes

Vorlage: 13/SVV/0500

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister verweist auf den von den Stadtwerken durchgeführten Realisierungswettbewerb für das Sport- und Freizeitbad und die Notwendigkeit eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vor Beauftragung des Generalplaners. Dafür dürfe keine Verzögerung zugelassen werden, weil diese Auswirkungen auf die weitere Realisierung habe. Deshalb gebe es die Möglichkeit, auf Grund der jetzt vorliegenden Mitteilungsvorlage den zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04.09.2013 vorzulegenden Antrag gleich zu beschließen oder eine Sondersitzung am 25. September einzuberufen. Er habe die Fraktionen im Vorfeld der heutigen Sitzung gebeten, sich dazu zu verständigen. Er bittet nach den Ausführungen von Herrn Böhme um ein entsprechendes Votum dazu.

Anschließend erläutert Herr Böhme an Hand visueller Darstellung die Wettbewerbsergebnisse und geht dabei auf wesentliche Elemente des Raum- und Funktionsprogramms ein, auf die Kennzahlen der Entwürfe und deren Grobkostenschätzungen, die Ergebnisse der Plausibilitätsprüfungen der Kostenschätzungen, die Wirtschaftlichkeit, das Finanzierungskonzept und die Bezuschussung durch die Landeshauptstadt Potsdam sowie die weiteren Verfahrensschritte und die Zeitschiene.

Im Rahmen der Verständigung zum weiteren Verfahren betont Herr Dr. Scharfenberg, dass für ihn die Ausführungen plausibel waren und er meine, dem liegen solide Überlegungen zu Grunde. Er spricht sich dafür aus, auf jeden Fall eine Beschlussvorlage zum 04. September 2013 einzubringen und zu beschließen. In der Fraktion DIE LINKE werde Herr Böhme am kommenden Montag dazu vortragen. Sollte es dennoch etwas Neues bis zum 04. September geben, bleibe immer noch die Option einer Sondersitzung am 25. September 2013.

Herr Schubert führt aus, dass die Fraktion SPD die verbleibenden 3 Wochen zur Prüfung der vorliegenden Informationen nutzen wolle und eine Meinungsbildung bis zum 04. September zu schaffen sein sollte. Außerdem sei die Entscheidung für den Standort getroffen und preiswerter werde es wohl nicht werden.

Herr Schultheiß betont, dass es immerhin um ein 30 Mio. Euro teures Projekt und einen Zuschuss von 3,5 Mio. Euro gehe. Deshalb erschließe sich ihm die jetzt gebotene Eile nicht. Die Stadtverordnetenversammlung habe entsprechende Fachausschüsse, wie den für Finanzen und für Bildung und Sport, die offene Fragen prüfen sollten.

Herr Heinzel fragt nach, inwieweit die jetzt vorliegende Rechnung belastbar sei, wenn die Fachplanungen abgeschlossen sind und wie die Betriebskosten gedeckt werden. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass hier ein Rahmen als Grundlage für die Verhandlungen gegeben wurde, der im Idealfall unterschritten werden sollte, was aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar sein könne. Der Zuschuss werde aus dem städtischen Haushalt insgesamt, konkret dem Geschäftsbereich Bildung und Sport fließen; aber nicht zu Lasten anderer Projekte.

Frau Bankwitz meint, dass Verhandlungen mit den Preisträgern auch ohne

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beginnen könnten. Zu bedenken sei, dass aus dem Haushalt auch anderer Zuschussbedarf, wie z.B. für die Schlösserstiftung zu decken sei.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Schultheiß erklärt Herr Dr. Wegewitz als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, dass die Mitteilungsvorlage am 21.08.2013 in der Finanzausschusssitzung beraten werde.

Herr Schüler merkt an, dass es weder am 04.09. noch am 25.09. mehr Informationen als jetzt geben werde und sich die Risiken aus den Bau- und den Betriebskosten ergeben. Mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung werde kein Freibrief für Verhandlungen gegeben, weil Herr Böhme einen Verhandlungsrahmen habe. Auf seine Frage, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn die 3,5 Mio. Euro Zuschuss nicht fließen, entgegnet der Oberbürgermeister, dass das eine erneute Befassung mit der Thematik bedeute, eine erneute Beschlussfassung und letztlich einen Zeitverzug.

Herr Böhme betont, dass eine Beschlussfassung erst in der Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Zeitverschiebung um mindestens 3 – 5 Monate zur Folge habe. Eile sei auch geboten, um das Zeitfenster mit allen Beteiligten einhalten zu können. Außerdem sollte dieses Projekt mit allen seinen Risiken nicht ständig geschoben werden. Herr Klipp ergänzt, dass dahinter auch ein weiterer Zeitplan stehe, nämlich der für das Bauleitverfahren, und dieser sei jetzt schon überdehnt.

Nachdem auch Herr Wendt für die Fraktion Die Andere ausführt, dass seine Fraktion eine Beschlussfassung am 04.09. für möglich halte, fasst der Oberbürgermeister zusammen, dass die Mitteilungsvorlage

- am 21.08.13 im Ausschuss für Finanzen und
- am 27.08.13 im Ausschuss für Bildung und Sport beraten wird,
- für den 04.09.2013 eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet werde,
- der Hauptausschuss sich am 28.08. nochmals mit dem Thema befasse und
- Herr Böhme den Fraktionen zur Verfügung stehe.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.2 Verkauf von Häusern / Haus in der Leibl-Straße

Gegen das von den Bewohnern des Hauses Herrn Richter, Herrn Kreissl und Herrn Nätke beantragte Rederecht erhebt sich kein Widerspruch. Sie stellen anschließend die Abläufe und bisherigen Gesprächsergebnisse aus ihrer Sicht dar und bitten um mehr Zeit für und Unterstützung bei der Konzepterarbeitung. Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird im nicht öffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 5.3 Bericht zu den Ergebnissen des vorläufigen Jahresabschlusses 2011

Herr Exner informiert an Hand visueller Darstellung über die Ergebnisse des vorläufigen Jahresabschlusses 2011 und Herr Teupitz über den Stand der Erfassung des Treuhandvermögens.

Im Weiteren präsentiert Herr Exner das Ergebnis des Haushaltsplanes 2011, der mit einem Überschuss von rund 2 Mio. Euro abschließt. Dies entspreche einer

Planabweichung von ca. 1,7 %. Auf Nachfrage zur Zeitschiene führt er aus, dass er den Jahresabschluss am 31. Oktober 2013 unterschreiben wolle und ihn anschließend dem Rechnungsprüfungsamt übergebe. Potsdam sei in der komfortablen Situation, dass das Rechnungsprüfungsamt prüfbegleitend aktiv sei und somit nicht bei „Null“ anfangen. Nach der Unterschrift des Oberbürgermeisters werde der Jahresabschluss den Gremien mit der Zielstellung übergeben, diesen per 30.09.2014 dem Land zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Scharfenberg würdigt die positive Haushaltsentwicklung, die auch Ergebnis der eigenen Anstrengungen sei.

zu 5.4 Vorstellung des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Herr Richter, Beauftragter für Menschen mit Behinderungen, der seine Tätigkeit in der Stadtverwaltung Potsdam seit dem 01.08.2013 aufgenommen hat, stellt seine Ziele vor, bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und fordert zu einer engen Zusammenarbeit auf.

zu 6 Sonstiges

zu 6.1 Informationen zum Arbeits- und Informationsbesuch in Versailles am 28.9. und 29.9.13

Der Oberbürgermeister informiert, dass er am 28. und 29. September 2013 gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung nach Versailles fahren werde, um eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit beider Städte zu unterzeichnen. Dies beinhaltet noch keine Städtepartnerschaft, sondern sei eine Absichtserklärung zukünftiger Zusammenarbeit.

Mittlerweile habe sich auch ein Freundeskreis Potsdam/Versailles gegründet sowie ein französischer Freundeskreis; auch andere bereits existierende Kontakte sollen wiederbelebt werden. Insgesamt gebe es unterschiedliche Anknüpfungspunkte – trotzdem solle diese Zusammenarbeit nicht als Alternative zu Bobigny betrachtet werden. Zu dieser Partnerstadt seien die Kontakte nicht so intensiv, weil Angebote auf wenig Resonanz in der französischen Stadt stoßen.

Frau B. Müller äußert sich verwundert über dieses Vorhaben, denn als eine Städtepartnerschaft mit Sansibar angestrebt wurde, habe die Verwaltung dies unter anderem mit der Begründung, sich auch aus Kostengründen auf bestehende Städtepartnerschaften konzentrieren zu wollen, abgelehnt.

Auch zu Sansibar gebe es mittlerweile intensive Kontakte und auch dorthin wolle er im Frühjahr des nächsten Jahres fahren, so der Oberbürgermeister. Trotzdem gelte auch hier, erst die Zusammenarbeit zu intensivieren bevor ein Städtepartnerschaftsvertrag geschlossen werde.

zu 6.2 geschlossener Rücktritt des Betriebsrates des Hans-Otto-Theaters - Kritik an Führungsstil und Arbeitspensum

Behandlung im nicht öffentlichen Teil

neu **aktuelle Stand Archiv e.V.**

Auf die Nachfrage der Fraktion DIE LINKE, ob und wenn ja, in welcher Höhe die in Aussicht gestellten städtischen Mittel dem Archiv zur Verfügung gestellt worden sind, antwortet Frau Dr. Seemann. Sie verweist darauf, dass am 25.07.2013 ein Erbbaurechtsvertrag geschlossen wurde. Danach habe der Verein einen Zuwendungsantrag in Höhe von 44.000 Euro für den Einbau einer Lüftungsanlage gestellt, der geprüft und positiv beschieden wurde. Noch in dieser Woche werde der Zuwendungsbescheid erteilt.

neu **Probleme bei der Findung eines neuen Liegeplatzes für das Theaterschiff**

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf den Auftrag des Hauptausschusses, den Standort für das Theaterschiff zwischen Fabrik und Hans-Otto-Theater zu sichern. Dies werde so zum Dezember 2013 geschehen, ohne dass Anlieger eingeschränkt werden. Letzten Freitag habe es dazu eine Pressekonferenz gegeben, wo auch besprochen wurde, dass das Theater eine neue Schallschutztür erhalte. Außerdem werde der Zuschuss an das Theaterschiff von 65.000 auf 95.000 Euro erhöht, um mit evtl. Ausfällen besser umgehen zu können.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter führt sie weiter aus, dass das Theaterschiff gedreht werde und der Aufbau in Richtung Fabrik und Floßstation zeigen werde. Außerdem werde eine Simulation „Schall“ durchgeführt. Auf weitere Nachfragen zu Beschwerden wegen Lärms und zum Lärmschutz für das in der Schiffbauergasse entstehende Boardinghaus sowie die erhöhten Zuwendungen antworten Frau Dr. Seemann und Herr Klipp.

Hierzu gebe es ein Lärmschutzgutachten, in dem die Lärmgrenzen festgelegt seien. Diskotheken auf dem Theaterschiff werden erst nach Beendigung der Vorstellungen im Hans-Otto-Theater beginnen. Die erwähnte Erhöhung diene u. a. dem Fall, dass das Konzept „umgestrickt“ werden müsse. Herr Klipp verweist darauf, dass für das Boardinghaus der Lärmschutz gewährleistet sei und dies bei der Planung berücksichtigt wurde; andere Einrichtungen „seien viel dichter“ dran. Die Lärmbelästigung der Berliner Vorstadt werde als gering eingeschätzt.

neu **Hauptausschusssitzung am 16.10.2013**

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diese Sitzung ausfallen zu lassen. Im Oktober gebe es keine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, so dass zwischen September und November 4 Hauptausschusssitzungen zur Verfügung stehen, um evtl. Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung beraten und votieren zu können.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.